

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
 Der Zeitungsgeldern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
 Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
 Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. (bei Haus 2,30 M., (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L / Geschäftsstelle u. Expeditionsbüro: Oberbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
 Schriftleitung: Dresden-L, Oberbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Speichstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den demspaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L, Oberbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 4. Juli 1929

Nummer 153

Mißtrauensantrag gegen Binger-Kabinett

Kommunisten entlarven den Koalitionschacher

Dresden, den 4. Juli 1929.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat gegen das Kabinett Binger einen Mißtrauensantrag eingebracht, der heute auf die Tagesordnung des Landtags gestellt wird. Das Kabinett gerät dadurch bedenklich ins Wackeln. Ob der Antrag Annahme findet, steht noch nicht fest. Nach bisherigen Mitteilungen haben die Aufwärtler aber erklärt, daß sie für den Antrag stimmen werden. Die Demokraten wollen weiche Stimmzettel abgeben. Die Entscheidung liegt also bei den Sozialdemokraten. Wenn diesmal Herr Helbig wieder gegen das Binger-Kabinett stimmt, wird dieses heute kürzen. Der Anzeiger, das Verh. und Wagnersblatt der Volkspartei, appelliert heute deswegen nochmals an die „verantwortungsbewußte“ Politik der Aufwärtler und die gemeinsame Regierungsarbeit der letzten Jahre. An die Sozialdemokraten richtet er denselben Appell. Die Nationalsozialisten, die gestern eine Sitzung abhielten, um ihre Stellungnahme zu reiferen, sind sich untereinander über den Brief Müde in die Haare geraten. Killinger erklärte für die Fraktion, daß dieser Brief ein Privatergänzung des Herrn v. Müde sei, während Hellmut v. Müde im Dresdner Anzeiger ein Schreiben veröffentlicht, in dem er erklärt, daß das Schreiben an die sozialdemokratische und kommunistische Fraktion im Einverständnis mit der Reichsleitung erfolgt wäre. Dem Herrn Dr. Binger sei von der Absicht eines solchen Schrittes bereits am 26. Juni Kenntnis gegeben. Der Schritt solle aber nur informativen Charakter haben, im Falle, daß das Kabinett Binger gestürzt würde. v. Müde teilt mit, daß der Brief auf Grund einer persönlichen Aussprache mit Adolf Hitler entstanden sei. Die Reichsleitung habe die Fraktionen nicht genügend unterrichtet, und die Stellung der Fraktion zu seinem Schreiben sei deswegen wohl auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Gegenüber dieser Erklärung v. Müdes erklärte gestern der Abgeordnete Dönnitz, Leipzig: „Wir haben mit dem Bündnisangebot des v. Müde nicht das geringste zu tun.“ Das Durcheinander bei den Nazis, aber auch innerhalb der bürgerlichen Parteien, wird immer größer.

Man muß klar feststellen, daß die Haltung der Nationalsozialisten, die gegen ein „marxistisches Kabinett“ ankämpfen wollen, die auch angeblich gegen eine Koalition ankämpfen wollen, demnach die beste Hilfsleistung für die Sozialdemokraten darstellt. Dieses Verhalten der Nationalsozialisten zur Regierungsbildung gibt den Sozialdemokraten die Gnadenfrist, die sie zur Koalitionsbildung in Sachsen benötigen. Die Sozialdemokraten wollen über die Gemeinderatswahlen hinwegkommen und sich dann an einer Koalition in Sachsen beteiligen. Hierzu ist die Stellung der Nazis die beste Hilfsleistung.

Die Koalitionsgegner der Sozialdemokraten drücken sich in ihrer ganzen Haltung aus. Ihre Kritik an den bürgerlichen Parteien ist außerordentlich gedämpft und zahnlos. Gestern in der Sitzung des Haushaltsausschusses A sprach Liebmann dem Innenminister Apelt seine Anerkennung dafür aus, daß er in der sächsischen Polizei das Verhältnis zwischen den Offizieren und Beamten bedeutend verbessert habe. Liebmann übt auch keineswegs eine positive Kritik an den Bürgerkriegsvorbereitungen durch die Polizei. In einem Artikel über das Binger-Kabinett macht die Volkszeitung einige schlechte Witze, um dann zum Kampf gegen die Kommunisten aufzufordern. Die Sozialdemokraten haben es bisher unterlassen, den auch der sozialdemokratischen Fraktion zugegangenen Brief des Herrn v. Müde ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Die Dresdn. Volksz. brachte vorgestern eine kurze Notiz, in der sie darauf hinwies, daß die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz mitteilte, Herr v. Müde habe einen solchen Brief

geschrieben. Die Haltung der Volkszeitung zeigt, daß diese Sozialdemokraten bereit waren, mit den Nationalsozialisten Verbindungen aufzunehmen. Aus dem Schreiben v. Müdes geht hervor, daß sie im Jahre 1926 ihre Bereitschaft positiv erklärt haben.

Der Vorwärts veröffentlichte gestern ebenfalls eine kurze Mitteilung, die sich aber heute morgen, nachdem die Arbeiterstimme und die kommunistischen Zeitungen den Brief veröffentlicht haben, gezwungen, ebenfalls eine Veröffentlichung dieses Schreibens zu bringen. Unter dem Druck der Veröffentlichung durch die kommunistischen Zeitungen bringt gestern die Chemnitzer Volksstimme den Brief und schreibt dazu, daß die Fraktion der SPD am Donnerstag zu diesem Brief Stellung

nehmen werde und die Zeitung sich bis dahin eines Kommentars enthalten. Die Leipziger Volkszeitung bestätigt ganz klar und eindeutig diese unsere Feststellung. Sie veröffentlicht zwar ebenfalls dieses Schreiben, erklärt aber dazu:

„Da die Kommunisten das Schreiben veröffentlichten, liegt auch für uns kein Anlaß vor, es vertraulich zu behandeln. Wir lassen es deshalb im Wortlaut folgen.“

Das ist das platte Eingeständnis, daß die Sozialdemokraten zum Verhandeln mit den Nationalsozialisten bereit waren, und daß sie diese Haltung der Nationalsozialisten vor der Arbeiterschaft verschweigen wollten.

Die kommunistische Fraktion, die sowohl gegenüber der Koalition, wie gegenüber dem Bürgerblock die Initiative im Kampf hat, wagt heute durch ihr Mißtrauensvotum die Parteien im Sächsischen Landtag, Farbe zu bekennen und vor dem Landtag zu dokumentieren, wie sie zu diesem Binger-Kabinett stehen.“

Geheimverhandlungen über den Abbau der Arbeitslosenversicherung

Auf den neuesten Schandstreich des sozialdemokratischen Reichsarbeitsministers Wiffel gegen die Krisenfürsorgeempfänger muß selbst die „linke“ Chemnitzer Volksstimme erklären, und damit den Schwindel der übrigen sozialdemokratischen Blätter über die „Abwehr aller Angriffe der Sozialreaktion“ widerlegen:

„Diese Verschlechterung der Krisenfürsorge, insbesondere aber die grundsätzliche Herabsetzung der Arbeitslosen unter 21 Jahren ist symptomatisch — ist der erste Sieg der Sozialreaktion auf dem Wege der Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung überhaupt. (...) Durch den Erlaß ist also ein Zustand geschaffen worden, der von der Arbeiterschaft nicht gutgeheißen werden kann. Hier wird auf Kosten der Vermittlung gepartelt (!), obwohl genügend Geld im Etat vorhanden sind, wo wirkliche und bedeutend größere Einsparnisse gemacht werden könnten. Wenn das so weiter gehen soll, dann kann sich die Arbeiterschaft auf allerhand gefaßt machen.“ (!!!)

Die Volksstimme hat ausnahmsweise recht. Die deutsche Arbeiterschaft darf sich auf allerhand weitere Schandstreiche Wiffels und der Müller-Regierung gefaßt machen. Am Dienstag trat unter dem Vorsitz dieses SPD-Ministers und berüchtigten Streikabwärters der Sachverständigenausschuss der Regierungsparteien zur Begutachtung der Arbeitslosenversicherung zusammen. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen in „strengster Vertraulichkeit“ zu führen. Der Zweck ist klar. Die Arbeiterschaft soll so lange über die reaktionären Maßnahmen nichts erfahren, bis die reaktionäre Reform der Arbeitslosenversicherung perfekt ist.

Die Abendausgabe des Lokalanzeigers bringt zwei Artikel, in denen eine systematische Hecke für den Abbau der Erwerbslosenunterstützung betrieben wird. Besonders der Artikel

„Stempelparadies in Lippe-Deimold“ zeichnet sich durch eine maßlose Hecke gegen die Wambierzeiger aus, die sich im Frühjahr auf die Begehrten im ganzen Reich verteilten und im Spätherbst, wie der Lokalanzeiger schreibt, „mit einem gefüllten Beutel wieder in die Heimat zichen“. Das Blatt Hugenbergs schreibt weiter: „Heute in Zeiten der sozialen Arbeitslosenfürsorge stampeln diese ungefähre 15 000 Ziegler nebenbei im Winter und fällen aus Langeweile die Gastwirtschaften, denn etwas Schöneres, sagen sie alle, als Stempeln, gibt es auf der Welt nicht. Heute pfeifen sie auf Nebenarbeiten, denn so viel und so bequemes Geld haben sie noch nie beim Nichtstun verdient, und sämtliche Lebensmittel bringt doch der Vater und das Vieh.“

In dieser Art hecht der Lokalanzeiger weiter und versucht durch diese Hecke, zu beweisen, daß die Erwerbslosenunterstützung unbedingt abgebaut werden muß. Im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Koalitionsregierung und des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wiffel, die Erwerbslosenunterstützung abzubauen, gewinnt dieser Vorstoß des Lokalanzeigers erhöhte Bedeutung. Was Hugenberg fordert, das befolgen sich die sozialdemokratischen Minister in der Praxis durchzuführen.

Die Arbeiterschaft muß die Augen offenhalten. Auf der einen Seite werden Hunderte von Millionen für Kriegsvorfällen ausgegeben, während man auf der anderen Seite den verstärkten Mangel der Unterstützungen betreibt. Jetzt heißt es nicht nur zu protestieren, sondern alle Maßnahmen zum Kampfe gegen die imperialistische Kriegsgefahr und zum Sturz der Koalitionsregierung zu treffen.

Die Erwerbslosen-„Versicherung“



Immer her mit den Versicherungsbeiträgen! — — — Was, Krisenfürsorge?
 Wir brauchen das Geld für wichtigere Dinge!

Keine übliche Demonstration

Die Kundgebung am 1. August ist keine übliche Demonstration, sie muß ein mächtiges Mittel zur Vereinigung der Demonstrationen des Proletariats gegen den Kapitalismus im internationalen Maßstabe sein. Die dritte Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist auch dadurch charakterisiert, daß in dieser Etappe die beiden feindlichen Klassen sich im internationalen Maßstabe organisieren und für die entscheidende Schlacht vorbereiten. Daher kann auch nicht die kleinste ernste klassenkämpferische Kundgebung aus der Kette dieser Vorbereitungen und Organisation gelöst werden.

Um so mehr gilt dies für das Auftreten der Arbeiterklasse in der Frage des Krieges, für eine Demonstration internationalen Charakters. Wir müssen alle Kräfte daran setzen, um der Demonstration des Proletariats am 1. August den Charakter einer internationalen Heerschau der revolutionären proletarischen Kräfte zu geben.